

Deutschland die Erhaltung des Friedens zu einer Schicksalsfrage geworden ist. Darum ist der Kampf um die Sicherung des Friedens auch für das deutsche Volk in seiner Gesamtheit zur Grundaufgabe in der gegenwärtigen Periode geworden. Aus ihr ergibt sich - wie das im Referat des Genossen Walter Ulbricht festgestellt wird - für uns die nationale Pflicht, der Arbeiterklasse und allen friedliebenden Menschen in Deutschland den Weg zur Erhaltung des Friedens aufzuzeigen.

Aus dem Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees an den V. Parteitag ist ersichtlich, wie beharrlich sowohl von der Partei als auch von der Regierung und von der Nationalen Front des demokratischen Deutschland und von allen werktätigen Schichten der Kampf um die Sicherung des Friedens geführt worden ist. Das geschah vor allem durch immer wieder neu entwickelte konstruktive Vorschläge, die sowohl an den Bundestag als auch an die Bundesregierung und nicht zuletzt an den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und an deren Parteitage von München und Stuttgart gerichtet wurden. Sie sind in der Rede des Genossen Walter Ulbricht vor dem höchsten Organ der Partei erneuert und vom Parteitag zustimmend aufgenommen worden.

Diese Vorschläge haben zwar alle miteinander keine Antwort erfahren und konnten deshalb auch nicht unmittelbar zu positiven Ergebnissen führen. Um so größer aber, Genossinnen und Genossen, war der Widerhall dieser nationalen Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik in den breitesten Kreisen der Bevölkerung Westdeutschlands. Die Volksbewegung gegen den Atomtod ist ein Beweis dafür, daß die von uns entwickelten Ideen des Kampfes um den Frieden zu der Kraft geworden sind, die in der Lage ist, die ganze deutsche Arbeiterklasse und alle friedliebenden Menschen beider deutscher Staaten zu einigen. Das ist deshalb so, weil unsere Politik zur Herstellung der Aktionseinheit der deutschen Arbeiterklasse auf die Sicherung des Friedens und vor allem durch einen gemeinsamen Kampf gegen die atomare Aufrüstung der Bundeswehr gerichtet ist.

Dieser Kampf gegen die atomare Aufrüstung Westdeutschlands, für die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa, den schrittweisen Abzug der ausländischen Truppen aus Deutschland